

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Bildungsausschusses am 26.11.2015**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale).

**Zeit:** 15:02 Uhr bis 18:19 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Ausschussvorsitzende
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Bernward Rothe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Vertreter für Herrn Senius
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Ralf-Jürgen Kneissl	Sachkundiger Einwohner
Stefan Malkoc	Sachkundiger Einwohner
Bertolt Marquardt	Sachkundiger Einwohner
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schiedung	Sachkundiger Einwohner
Thomas Senger	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Sachkundige Einwohnerin

### **Verwaltung**

Tobias Kogge	Beigeordneter
Dr. Christine Radig	Abteilungsleiterin Schule & Service
Jürgen Zschocke	Schulnetzplaner
Petra Quilitzsch	Abteilungsleiterin Finanzen
Loreen Köppe	Teamleiterin Finanzen
Andrea Simon	Controllerin
Martin Heinz	Fachbereichsleiter Immobilien
Bernd Bielecke	Abteilungsleiter Hochbau
Reiner Mackies	Koordinator Reinigung
Jenny Dautermann	stellvertretende Protokollführerin

### **Gäste**

Malte Gerken	Personalrat Berufsbildende Schulen
Ronny Herse	Förderverein Heideschule

### **Entschuldigt fehlten:**

Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähnig	Sachkundige Einwohnerin

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Ranft** eröffnete die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Ranft** teilte mit, dass der Punkt

**6.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Sekundarschule Halle-Süd  
Vorlage: VI/2015/01291**

unter dem TOP 5.1 behandelt wird und der Punkt,

**6.2 Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE  
Fraktion, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Grundschule Heide  
Vorlage: VI/2015/01302**

unter dem TOP 5.2 behandelt wird.

Der TOP

**3 Genehmigung der Niederschrift vom 03.11.15**

ist von der Tagesordnung abzusetzen.

**Herr Schachtschneider**, beantragte den TOP 4.2 als 1. Lesung zu behandeln.

**Herr Senger** stellte einen Änderungsantrag zur Tagesordnung. Der Punkt 4.2 soll gestrichen werden, da es Verfahrensfehler gebe. Der Stadtschülerrat konnte keine Stellung dazu abgeben, da sie das Schreiben zum Zeitpunkt der Ferien erhielten. Weiterhin fehlen die Stellungnahmen der in der Anhörung beteiligten Stellen in den Unterlagen.

**Herr Kogge** sagte, dass es sich um keinen Verfahrensfehler handelt, nur weil der Stadtschülerrat Ferien hat. Beteiligung heißt, das Schreiben versenden und einen Termin für die Stellungnahme festlegen, die Verwaltung kann nichts für eventuelle Verhinderungen der Betroffenen. Der Stadtschülerrat kann nachträglich eine Stellungnahme einreichen.

**Herr Lange** schlug vor alle Schulen, den Stadtschülerrat und den Stadtelternerat einzuladen und anzuhören.

**Herr Senger** zieht den Änderungsantrag zurück.

**Änderungsantrag zur Tagesordnung TOP 4.2 1. Lesung: einstimmig zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014  
Vorlage: VI/2015/01200
    - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
    - 4.1.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 Vorlagen-Nr.: VI/2015/01200 – hier: Aufwendungen für die Unterhaltung schulischer Grundstücke und Anlagen  
Vorlage: VI/2015/01486
      - Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung
      - 4.1.2 und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016, VI/2015/01200  
Vorlage: VI/2015/01524
        - Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung
        - 4.1.3 und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016; VI/ 2015/ 01200  
Vorlage: VI/2015/01525
          - Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung
          - 4.1.4 und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016; VI/ 2015/ 01200  
Vorlage: VI/2015/01526
    - 4.2. Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schulform Berufsbildende Schulen für die Schuljahre 2016/17 bis 2020/21  
Vorlage: VI/2015/01129
  5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
    - 5.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Sekundarschule Halle-Süd  
Vorlage: VI/2015/01291
    - 5.2. Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE Fraktion, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Grundschule Heide  
Vorlage: VI/2015/01302
  7. Mitteilungen
  8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
  9. Anregungen

#### **zu 4      Beschlussvorlagen**

---

zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014  
Vorlage: VI/2015/01200

---

zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014  
Vorlagen-Nr.: VI/2015/01200 – hier: Aufwendungen für die Unterhaltung schulischer Grundstücke und Anlagen  
Vorlage: VI/2015/01486

---

zu 4.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016,  
VI/2015/01200  
Vorlage: VI/2015/01524

---

zu 4.1.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016; VI/2015/ 01200  
Vorlage: VI/2015/01525

---

zu 4.1.4 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016; VI/2015/ 01200  
Vorlage: VI/2015/01526

---

zu 4.1.5 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Haushaltsplan 2016,  
VI/2015/01200 - Reinigung an öffentlichen Schulen  
Vorlage: VI/2015/01529

---

**Herr Schachtschneider** sprach das Problem der Besetzung der Schulsekretariate an und bat um Prüfung einer besseren Besetzung.

Die Verwaltung nahm dies auf.

**Frau Ranft** brachte den folgenden Änderungsantrag ein.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014  
Vorlagen-Nr.: VI/2015/01200 – hier: Aufwendungen für die Unterhaltung schulischer Grundstücke und Anlagen  
Vorlage: VI/2015/01486

Die Fraktion Bündnis90/ Die Grünen schloss sich dem Änderungsantrag unter TOP 4.1.2 an.

Abstimmungsergebnis: erledigt

**Herr Lange** brachte den Änderungsantrag

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016, VI/2015/01200  
Vorlage: VI/2015/01524

ein und schlug vor die Mittel für alle Schulen, je nach Bedarf zu nutzen.

**Frau Simon** sagte, dass eine Summe beantragt werden kann mit dem Auftrag an die Verwaltung, diese schulgenau zu untersetzen.

**Herr Schachtschneider** äußerte sich gegen diese genaue Untersetzung, da er diese Ansätze für gegenseitig deckungsfähig hält. Es kann vorher nicht gesagt werden, wie viel jede Schule benötigt.

**Herr Heinz** verwies darauf, dass die bisherigen Mittel je nach Bedarf eingesetzt wurden.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Frau Ranft** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**Herr Lange** sprach zum

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016; VI/ 2015/ 01200  
Vorlage: VI/2015/01525

**Herr Häder** fragte, ob der Antrag wirklich ein Änderungsantrag zum Haushalt ist, da er lediglich das Verwaltungshandeln bei der Umsetzung betreffe.

**Herr Lange** zog im Namen der Fraktion DIE LINKE den Antrag zurück.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

**Herr Lange** sprach zum

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016; VI/ 2015/ 01200  
Vorlage: VI/2015/01526

**Herr Lange** sagte, dass es rechtswidrig und verfassungswidrig sei, dass die Verwaltung auf eine freie Schule zugeht und um Hilfe bittet ausreichend Schulplätze bereitzustellen. Die Stadt ist in der Pflicht als Schulträger, den Schülern die dies wünschen, einen Platz an einer kommunalen Schule bereitzustellen. Diese Aufgabe kann nicht an einen freien Träger übertragen werden. Der Vorgang sollte vom Landesverwaltungsamt geprüft werden.

**Frau Dr. Wünscher** sagte, dass es sich um eine Notsituation gehandelt habe, in der die Verwaltung nach ihren Prognosen nicht genügend Gymnasialplätze anbieten können. Dieses Gymnasium ist der Verwaltung im Rahmen der auch vom Bildungsausschuss gewünschten Kooperation entgegengekommen. Die Kooperationsbereitschaft des Schulträgers sollte nicht brüskiert werden.

**Herr Schachtschneider** sagte, dass die Schüler nicht gezwungen wurden auf die Schule zu gehen, sondern dies der Elternwille war.

**Herr Häder** stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

**Abstimmungsergebnis Geschäftsordnungsantrag:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

**Frau Dr. Wünscher** brachte den folgenden Antrag ein.

Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Haushaltsplan 2016, VI/2015/01200 -  
Reinigung an öffentlichen Schulen  
Vorlage: VI/2015/01529

**Herr Heinz** stellte die finanziellen Auswirkungen dar. Der Aufpreis für die tägliche Leerung der Mülleimer im Flur beträgt 5000 Euro. Die Leerung in den Klassenräumen bedeutet Mehrkosten von 36.000 Euro dar. Wenn die Verwaltung zurück zum alten Modell geht, kostet es 180.000 Euro Mehrkosten.

**Herr Lange** fragte, ob das Reinigungsregime der PPP-Schulen das gleiche ist, wie an den anderen Schulen vor der Vertragsanpassung.

**Herr Mackies** sagte, dass vor der Änderung eine gleichwertige Reinigung in allen Schulen vorlag.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Frau Ranft** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**zu 4.1.5 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Haushaltsplan 2016,  
VI/2015/01200 - Reinigung an öffentlichen Schulen  
Vorlage: VI/2015/01529**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung::**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Kürzungen in den Reinigungsleistungen an den Schulen in städtischer Trägerschaft zurückzunehmen und auf dem Niveau wie in den PPP-Schulen durchzuführen.

**zu 4.1.4 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur  
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016; VI/  
2015/ 01200  
Vorlage: VI/2015/01526**

---

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussempfehlung:**

Das Produkt 121701 wird um die Summe von 11 800 € abgesenkt. Im Produkt werden die Transferaufwendungen gestrichen.

zu 4.1.3 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016; VI/2015/ 01200**  
Vorlage: VI/2015/01525

---

**Abstimmungsergebnis:**

zurückgezogen

**Beschlussempfehlung:**

Die Obergrenze für Anschaffungen durch die Schulen im Rahmen ihrer Budgets wird aufgehoben.

zu 4.1.2 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016, VI/2015/01200**  
Vorlage: VI/2015/01524

---

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

Der Planansatz 2016 wird für alle Schulen um insgesamt 463.000 Euro erhöht. Die Mittel dienen der Bauunterhaltung und sind durch die Verwaltung in Absprache mit dem Bildungsausschuss (Stadtrat) bedarfsgerecht auf die Schulen zu verteilen.

zu 4.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014**  
Vorlagen-Nr.: VI/2015/01200 – hier: Aufwendungen für die Unterhaltung schulischer Grundstücke und Anlagen  
Vorlage: VI/2015/01486

---

**Abstimmungsergebnis:**

erledigt

**Beschlussvorschlag:**



Im Haushaltsplan 2016 werden in folgenden Produkten zusätzliche Mittel für Aufwendungen bei der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen bereitgestellt:

Produkt 1.21101 Grundschulen – 202.700 €

Produkt 1.21601 Sekundarschulen – 53.400 €

Produkt 1.21701 Gymnasien – 5.900 €

Produkt 1.21801 Gesamtschulen – 21.900 €

Produkt 1.21901 Gemeinschaftsschulen – 18.800 €

Produkt 1.22101 Förderschulen – 74.500 €

Produkt 1.23101 Berufsbildende Schulen – 38.400 €

**zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014  
Vorlage: VI/2015/01200**

---

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt mit Änderungen**

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit dem Haushaltsplan 2016.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2014 zur Kenntnis.

**zu 4.2 Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schulform Berufsbildende Schulen für die Schuljahre 2016/17 bis 2020/21  
Vorlage: VI/2015/01129**

---

**Frau Ranft** beantragte das Rederecht für Herrn Gerken, Personalrat der BbS III. Dem wurde zugestimmt.

**Herr Zschocke** führte in die Vorlage ein.

**Herr Gerken** sagte, dass der Beschluss weitreichende Folgen für die berufliche Bildungslandschaft in Halle (Saale) nach sich ziehen werde. **Herr Gerken** sagte im Namen der Schulleiterin Frau Siewert, dass diese nie gesagt habe, dass eine Aufteilung der BbS III die optimale Lösung darstelle. Sie habe lediglich ausgeführt, dass aufgrund des Schulprofils eine Beschulung der Klassen an anderen Schulen möglich ist.

In einem Gespräch mit Frau Hartkopp der Schulleiterin der BBS IV wurde deutlich, dass diese Schule von den 17 benötigten nur 12 Räume zur Verfügung stellen könne.

Herr Schmidt von der BbS Gutjahr gab zu verstehen, dass es keine Möglichkeit der Aufnahme gibt, da kürzlich zwei Flüchtlingsklassen dazugekommen sind.

Nach den Schülerzahlen ist die Schule bestandsfähig, so **Herr Gerken**. Prognosen zu Schülerzahlen, können derzeit nicht getroffen werden. **Herr Gerken** fragte, ob eine Prüfung anderer Gebäude und Varianten durch die Verwaltung durchgeführt wurde. Lehrer wurden, aufgrund der Zuwanderung eingestellt. Die Tendenz der Schülerzahlen ist steigend. Es ist abzusehen, dass Mittel für Sachkosten und Immobilien ebenfalls steigen.

Fraglich ist, ob die Notwendigkeit besteht, eine bestandsfähige Berufsbildende Schule, ersatzlos ohne schlüssiges Ersatzkonzept, zu schließen. Es wird befürchtet, dass nicht alle

Bildungsgänge in Halle (Saale) gehalten werden können, wenn die Vorlage so beschlossen wird. Der Wirtschaftsstandort wird damit geschwächt. Der Ort der Berufsschule sowie die Fahrzeit ist für Betriebe und Auszubildende ein Auswahlkriterium.

**Herr Zschocke** sagte, dass bisher die Information vorlag, es kommen keine Flüchtlinge an die Berufsschulen. Laut Kultusministerium sollen an den berufsbildenden Schulen nunmehr Sprachklassen mit Berufsorientierung eingeführt werden. An der BbS I sind bisher 3 Schüler aus dem Bereich Flüchtlinge angekommen. Sicher ändern sich hier täglich die Zahlen.

**Herr Kogge** sagte, dass der Saalekreis seine Berufsschule in Halle (Saale) nicht abgeben möchte und ein Recht darauf hat, diese hier zu führen. Das Ziel der Verwaltung ist kein Bildungsangebot zu verlieren.

**Herr Schachtschneider** fragte, ob das ganze Kollegium durch Herrn Gerken vertreten wird.

**Herr Gerken** sagte, dass nicht 100% die Meinung der Kollegen vertreten wird, aber mehrheitlich liegt diese Meinung vor.

**Herr Schachtschneider** regte an, dem Saalekreis ein Angebot für das sanierte Gebäude zu unterbreiten oder andere Lösungsmöglichkeiten zu prüfen. Solange ein anderes Schulgebäude jedoch nicht zur Verfügung stünde, halte er den vorgelegten Vorschlag für praktikabel.

**Herr Häder** sagte, dass in der Heinrich-Heine-Schule eine Kapazität von 18 Räumen, für 45 Teilzeitklassen besteht. Der Vorschlag der Kollegen war, dort eine Außenstelle zu bilden. Es kann nicht die Lösung sein, dass die Raumkapazität für alle erheblich runtergefahren wird in dem die vorhandenen Räume mit noch mehr Klassen belegt werden.

**Herr Senius** sagte, dass das Thema der Zuwanderung nicht unterschätzt werden sollte. Es sollten alle Vorschläge nochmals geprüft werden. Die heute getroffenen Aussagen zur Kapazität der aufnehmenden Schulen seien widersprüchlich und nicht schlüssig.

**Herr Senger** verwies auf die Ursache des heutigen Dilemmas. Die Entscheidung zur Eröffnung des neuen Gymnasiums habe sich als falsch erwiesen. Er sagte, dass laut Gesetz der Schulträger, wenn die Bedarfe vorliegen, diese abzudecken hat und dafür Sorge trägt, dass die Schüler beschult werden. Insofern seien fehlende Räume kein Grund für eine Schulschließung. Auch er bezweifelte die Aussagen zur Raumauslastung.

**Herr Schachtschneider** sagte, dass die Heinrich-Heine-Schule außen vor gelassen werden sollte. Eine Sekundarschule und eine Berufsschule haben unterschiedliche Pausen, unterschiedliche Rhythmen und es handelt sich um unterschiedlichste Schüler. Entweder es wird die Schule in drei Teile geteilt oder ein neues Gebäude einschließlich der notwendigen Finanzierung kann bereitgestellt werden.. Es sollten nicht die verschiedenen Schulformen vermischt werden, es sei denn es handelt sich um einen großen Komplex.

**Herr Lange** forderte eine Anhörung aller Schulen, die davon betroffen sind. Er habe die Hoffnung, dass eine Lösung auf einem plausiblen Konzept ohne Überforderung der aufnehmenden Schulstandorte gefunden werden könne. Die könne auch die notwendige Kreditaufnahme für die Sanierung eines Standortes enthalten.

**Herr Schiedung** sagte, dass anhand der Berufe und der Struktur eine Aufteilung nicht funktioniert, diese Vorlage wirke konzeptionslos.

**Herr Zschocke** sagte, dass die Flüchtlingszahlen derzeit in steter Veränderung sind. Der Zukauf des ehemaligen Telekom Gebäudes befindet sich derzeit in der Prüfung und könnte eine Entlastung für die BbS I bringen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **vertagt**

**Beschlussempfehlung::**

1. Der Stadtrat stellt den Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schulform Berufsbildende Schulen für die Schuljahre 2016/17 bis 2020/21 (Anlage 2) fest.
2. Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des festgestellten Schulentwicklungsplanes für die Schulform Berufsbildende Schulen für den Planungszeitraum folgende Maßnahmen:
  - 2.1 Die Berufsbildende Schule III Johann Christoph von Dreyhaupt (BbS III) wird zum 31.07.2017 aufgelöst. Die an der BbS III genehmigten und vorgehaltenen Ausbildungsberufe und Bildungsgänge sowie der Schülerbestand werden ab dem Schuljahr 2017/18 entsprechend der im Schulentwicklungsplan ausgewiesenen Verteilung den anderen Berufsbildenden Schulen der Stadt Halle (Saale) zugeordnet. Der 3. Satz des Beschlusspunktes 1.5 (1.6) der Ersten Fortschreibung vom 17.12.2014 (Vorlage Nr.: V/2014/12788) ist somit hinfällig.
  - 2.2 Der Standort Rainstraße 19 der BbS V Halle (Saale) wird mit Beginn des Schuljahres 2018/19 aufgelöst. Die Auflösung erfolgt nach Fertigstellung der Teilsanierung (Brandschutz und Keller) des Standortes Universitätsring 21. Die am Standort Rainstraße 19 der BbS V vorgehaltenen Ausbildungsberufe und Bildungsgänge sowie der Schülerbestand werden an die Standorte Klosterstraße 9 und Universitätsring 21 der BbS V übernommen und fortgeführt.

## **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 5.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Sekundarschule Halle-Süd Vorlage: VI/2015/01291**

---

**Herr Schachtschneider** brachte den Antrag ein. Aufgrund eines fehlenden 2. Rettungsweges müssen die Migrationsschüler ihren Sprachunterricht auf den Fluren abhalten, führte er aus.

**Herr Kneissl**, sagte, dass die leerstehende ehemalige Hausmeisterwohnung mit 80qm durch Durchbrüche rechts und links, mit den zwei Gebäudeteile verbunden und damit nutzbar gemacht werden kann. Es waren bereits Firmen vor Ort, jedoch wurde dies gestoppt mit der Begründung, dass die Durchbrüche ein Eingriff in das Gebäude sind und dies nur im Zusammenhang mit einem bestehenden Brandschutzkonzept für die ganze Schule möglich ist.

**Herr Lange** fragte, welche Summe notwendig ist, um die drei Räume zu ertüchtigen.

**Frau Dr. Radig** antwortete, dass im Haushaltsplan drei Summen zu finden sind. Es handelt sich dabei um Planungskosten bis zum Bauantrag 2016 in Höhe von 50.000,00 Euro und in 2017 426.000,00 Euro und 500.000,00 Euro in 2018. Die Bauaufsicht erteilt keine Genehmigung für bestimmte Teile, sondern die gesamte Schule muss brandschutztechnisch betrachtet werden.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zeitnah eine Konzeption, einschließlich Brandschutz, zur Einbeziehung der Räume der ehemaligen Hausmeisterwohnung an der Sekundarschule Halle-Süd, zu erstellen.

**zu 5.2 Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE Fraktion, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Grundschule Heide  
Vorlage: VI/2015/01302**

---

**Frau Ranft** beantragte das Rederecht für Herrn Ronny Herse vom Förderverein der Grundschule Heideschule, dem wurde zugestimmt.

**Herr Herse**, sprach zu dem Zustand der Schule. Er fragte was mit dem leerstehenden Gebäude passiert. Die Eltern sanierten bisher Flure und Klassenräume, um die Lernbedingung zu verbessern.

**Herr Bielecke** sagte, dass der Abriss nicht geplant ist, da man zukünftige eventuelle Schulflächen benötige.

**Herr Scherer** fragte, ob der vorgeschriebene Wechseltturnus des Sandes im Sandkasten eingehalten wird.

**Herr Herse** sagte, dass in den Sandkästen meterhoch das Unkraut wächst.

**Herr Bielecke** sagte, dass das Budget nicht vorhanden ist und der Sand gewechselt wird, wenn dies nötig ist im Rahmen dessen was das Budget hergibt.

**Herr Lange** fragte, ob die Grünanlagenpflege betrieben wird.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Frau Ranft** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, an der Grundschule Heide folgende Maßnahmen durchzuführen bzw. zu prüfen:

- 1) Fenster, die nicht ausgetauscht werden können, werden optisch aufgewertet (z. B. durch Streichen).
- 2) **Die Außentreppengeländer werden neu angestrichen.**
- 3) Der auf dem Schulhof befindliche Sandkasten wird mit neuem Sand befüllt.

- 4) **Die defekten Streusandbehälter werden ausgetauscht.**
- 5) Auf dem Schulhof werden ausreichend Sitzgelegenheiten für die SchülerInnen bereitgestellt. **Ferner ist die Errichtung einer Spielfläche samt Spielgerät eingehend zu prüfen.**
- 6) Die Grünanlagen auf dem gesamten Schulgelände werden regelmäßig gepflegt.
- 7) Die Gefahrenstellen auf dem Schulhof werden in Abstimmung mit der Schulleitung schnellstmöglich beseitigt.
- 8) **Die Flächen um die auf dem Schulhof befindlichen Bäume werden entsiegelt und anschließend mit Muttererde aufgefüllt.**
- 9) Weiterhin ist zu prüfen, ob der nicht genutzte Gebäudeteil durch entsprechende finanzielle Förderinstrumente abgerissen werden kann, insofern dieser grundsätzlich nicht mehr benötigt wird.
- 10) Zudem wird geprüft, ob der genutzte Gebäudeteil in Zusammenarbeit mit weiteren AkteurlInnen ein attraktiveres Äußeres erhalten kann (z. B. im Zusammenwirken mit AkteurlInnen der Freiraumgalerie in Halle-Freimfelde).

## **zu 6        schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

## **zu 7        Mitteilungen**

---

Es lagen keine Mitteilungen vor.

## **zu 8        Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

### **zu 8.1     Herr Schachtschneider fragte zur Prioritätenliste**

---

**Herr Schachtschneider** bat um die Prioritätenliste bis zum nächsten Bildungsausschuss.

### **zu 8.2     Herr Lange zur Frankeschule**

---

**Herr Lange** fragte nach der Beschlussvorlage für die Änderung der Sekundarschule „August Hermann Francke“ in eine Gemeinschaftsschule. Wie wird sichergestellt, dass die Eltern die Information erhalten, dass es eine weitere Gemeinschaftsschule geben wird.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass der Beschlussvorschlag in den Stadtrat im Januar geht. In dem Informationsbrief an die Eltern ist bereits eine Information dazu enthalten.

## zu 9      **Anregungen**

---

### zu 9.1      **Herr Scherer zu Informationen für Eltern**

---

**Herr Scherer** sagte, dass er zwei Musterschreiben erhalten hat, die nicht die Information beinhalten, wie Eltern zu einem Kitaplatz kommen. In den Schreiben wird lediglich mitgeteilt, dass die Eltern zu einem späteren Termin einen Platz erhalten.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Frau Ranft** beendete die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses.

---

Melanie Ranft  
Ausschussvorsitzende

---

Jenny Dautermann  
stellvertretende Protokollführerin